

# General-Anzeiger

Elberfeld

für Elberfeld-Barmen

Barmen

Hauptgeschäftsstelle u. Redaktion Kaiserstr. 50  
Barmen-Post Nr. 4600, 4601, 4602, 4603 und 4604.

Hauptgeschäftsstelle u. Redaktion Neuerweg 57  
Barmen-Post Nr. 714 u. 4997.

(Allgemeine Zeitung für Berg und Markt.)

## Noch keine Klärung.

### Die Auffassung in Berlin.

Keine Kabinettskrisis.

GA Berlin, 29. April. (Eig. Draht.) Man tappt noch immer im Ungeklärten, was mit den deutschen Vorschlägen an Präsident Harding nun eigentlich geschehen ist. Morgen versammelt sich der Oberste Rat und befindet über das Angebot der deutschen Regierung, und niemand weiß, was nun eigentlich Präsident Harding selbst dazu gesagt hat und ob er sie für die Alliierten annahmehafter Form weitergegeben hat. Der Verfasser der deutschen Note und mit ihm wohl jeder einigermaßen vernünftige Mensch hatte sich den Gang der Verhandlung etwas anders gedacht. Man hatte angenommen, daß Harding selbst prüfen und selbst zu einer Entscheidung über die Güte und Tragweite der deutschen Vorschläge kommen und sie dann mit einer Empfehlung an die Entente geben würde. Das hätte einen Sinn gehabt, vorausgesetzt, daß man es sehen können, wie der Präsident selbst die deutschen Vorschläge prüft. Man hatte sich selbst die Aufgabe gestellt, die amerikanischen Staatsmänner mit den Vorschlägen der Alliierten in Washington zusammen, hielten ihre Gedanken ein, die doch ganz gewiß nicht objektiv sind und entschieden sich erst dann.

Hoffnungsvoller wird die Lage, in der sich Deutschland befindet, dadurch nicht, und es wird es erst recht nicht durch Amerikas vollkommenes Schweigen. An und für sich ist allerdings durchaus denkbar, daß die Vereinigten Staaten nach Zurückweisung der Vorschläge durch die Entente die ganze Angelegenheit als erledigt betrachten, ohne davon Deutschland Mitteilung zu machen. Aber es ist doch immerhin nachzudenken, daß nicht nur die Amerikaner, sondern auch die Engländer, und das auch sehr unvollkommen, es für nötig gehalten hat, sich genauer über den Charakter der deutschen Vorschläge zu informieren, deren Existenz doch jeder weiteren Verhandlungsmöglichkeit die Tür öffnet. Wenn Frankreich allerdings unbedingt in das Ruhrgebiet einmarschieren will, dann ist eben kein Angebot eines Zweig, dann genügt es schon die Tatsache, daß am 1. Mai eine Reihe Milliarden zahlbar ist, nach der Rechnung der Reparationskommission 12 Milliarden, ohne daß ein Mensch in der Welt auch nur einen kleinen Finger zu geben vermöchte, woher ein Land diese 12 Milliarden in so kurzer Zeit überhaupt hernehmen soll. Die werden auch aus dem Ruhrgebiet nicht mehr herausgeholt werden. Wie das deutsche Angebot schon ein rein politisches war, das über Deutschlands Leistungsfähigkeit weit hinausgeht, so ist der französische Einmarsch auch nur ein politisch-militärischer Akt, bei dem die Wirksamkeit fehlen wird. Deutschland wird von diesem Augenblick an nicht mehr in der Lage sein, selbst die Lieferungen für den nordfranzösischen Wiederaufbau zu leisten. Dann eine so gewaltige Leistung ist nur möglich bei einem ununterbrochenen Wirtschaftsergebnis. Nach dem Abschneiden des Ruhrgebietes würde der deutsche Wirtschaftskörper aber seines wichtigsten Gliedes beraubt. Kohlen allein nützen niemand, auch Deutschland nicht. Kohle wird zu Geld nur dann, wenn sie in der Wirtschaft verwendet wird. Aber woher Deutschland, noch irgendein anderes Land, das auf Deutschlands Steinkohlen angewiesen ist, und das aus Deutschland auf Grund von Verträgen Kohlen erhält, wie Italien, die Schweiz, Holland, Estland, die Tschechoslowakei usw., können in Zukunft die Kohlenpreise, zu denen noch der Entschädigungsschlag kommen wird, bezahlen. Für die verarmte europäische Wirtschaft wird das überhaupt ganz unmöglich sein. Der Erfolg wird bald genug in der Erscheinung treten. Frankreich wird gewonnen werden, entweder die Forderung und den Bestand einzufrieren, oder den ganzen Ausschlag halten zu lassen. In beiden Fällen wird der Erfolg aus der ganzen Aktion nicht einmal die Verzögerungen ausmachen. Vielleicht wird man dann einsehen, daß es jetzt besser gewesen wäre, mit Deutschland zu verhandeln, als von vornherein die Erörterung auch noch so weitgehender deutscher Vorschläge abzulehnen.

Selbstverständlich machen sich die Ereignisse auch im Parlament bemerkbar. Es ist auch diesmal wie immer: In einem Augenblick, wo die höchste Nationalität im Auge wäre, beschäftigt sich eine geschäftliche Menge mit der Frage einer Kabinettskrisis. Positives ist dabei allerdings noch nicht herausgekommen. Aber es ist doch Tatsache, daß die Erwägungen der letzten Zeit, die aus außenpolitischen Gründen zurückgestellt wurden, und die auf ein Kabinett innerhalb des Kabinetts hingen, mit verstärktem Eifer wieder aufgenommen worden sind. Trotzdem man heute von einem Austritt des gesamten Kabinetts spricht, kann von einer solchen Krise nicht die Rede sein. Bedenklich ist aber eine Personalveränderung, bei der wohl am meisten an Dr. Simons gedacht wird. Man rechnet durchaus mit seinem Austritt. Daß bei allen A o a

litionsparieten die Notwendigkeit einer innerpolitischen Auswirkung durch die außenpolitischen Festschlüsse anerkannt wird, darf als feststehend betrachtet werden. In welchem Umfange sie in Erscheinung treten wird, das ist die Frage, wobei immer berücksichtigt werden muß, daß in diesem Augenblick eine Kabinettskrisis sehr unerwünscht sein muß. Zu den Gerüchten über eine Regierungskrise schreibt der „Vorwärts“: Die Regierung steht nach Simons, so heißt es, wird gehen, weil sie sich überhaupt nicht traut, der Vollvertretung einen bestimmten Rat zu erteilen. Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als dies: In der kritischen Stunde lassen die Führer, die den Kopf verloren haben, das Volk im Stich. Die Minister begaben sich in den Ruhezustand, um Deutschland dem Chaos zu überlassen.

Wie wenig noch die Lage geklärt ist und wie sehr die Dinge noch in der Schwebe sind, das veranschaulicht die vorliegenden Nachrichten. Sie widersprechen sich alle mehr oder weniger, und die Quellen, aus denen sie kommen, sind zum großen Teil unzuverlässig und trübe. Vielleicht könnte man einen Hoffnungsstrahl noch darin sehen, daß England eine Verschiebung der Entscheidung des Obersten Rates bis zum Sonntag verlangt — und wenn man bedenkt, daß die englische Regierung diesmal mit einer härteren Opposition im eigenen Land als je rechnen muß, falls sie sich den Pariser Gewalttätigkeiten widerspruchslos fügen wollte, erscheint dieögerade Haltung erklärlich —, aber auch Lloyd George hat bestimmt seine Unzufriedenheit mit den deutschen Vorschlägen ausgesprochen. Noch ist weder in Washington, noch in London die letzte Entscheidung getroffen. Die anlaufenden Gerüchte über die Verhandlungen über Abänderungsvorschläge, die man seitens der deutschen Regierung erwartet, geben dafür eine Erklärung. England und Frankreich sind nur bei der Behauptung unterworfen, wenn sie den Vorschlag der Vorschläge ablehnen. Aber wer wird sie ernstlich hindern?

### England für einen Aufschub.

GA London, 29. April. (Eig. Draht.) Die Eindrücke der letzten Stunden zeigen, daß die englische Regierung alles versucht, um einem übereilten Vorgehen bei der Ausführung der französischen Befehlshabspläne vorzubeugen. Es dürfte ziemlich sicher sein, daß die erste Besprechung des Obersten Rates nicht morgen, sondern erst am Sonntag stattfinden wird, also am dem Tage, an dem die Besetzung des Ruhrgebietes beginnen sollte. Der Hauptgrund für diese Verschiebung, der man gar nicht genug Bedeutung beimessen kann, ist die Erwartung, daß Lord B. Abernethy, der heute Abend hier angekommen ist, wichtige Mitteilungen aus Berlin mitgebracht hat, über die sich das Kabinett erst schlüssig werden will, bevor es sich dem Obersten Rat vorlegt. Man hofft, daß die Mitteilungen des Vorkämpfers der Unklarheiten der Berliner Note beseitigt werden, so daß dem Obersten Rat am Sonntag eine authentische Auslegung der Berliner Vorschläge vorgelegt werden kann. Die französischen Delegierten sind mit ihren militärischen Begleitern ebenfalls heute Abend hier angekommen.

### Der Wiederherstellungsausschuss gegen die Sanktionen?

WTB. London, 29. April. (Draht.) „Chicago Tribune“ teilt mit: Die Reparationskommission hat festgestellt, gegen Deutschland könne aus dem Grunde, weil es die bis zum 1. Mai fälligen 20 Milliarden nicht vollkommen bezahlt, Sanktionen nicht angewendet werden. Der Beschluß sei gegen den verzweifeltsten Widerstand der Franzosen und Belgier gefaßt worden. (Die Quelle dieser immerhin bemerkenswerten Nachricht ist nicht ganz einwandfrei, so daß wir die Bestätigung abwarten müssen.)

### Die Besprechungen in Washington.

GA. Washington, 29. April. (Eig. Draht.) „Chicago Tribune“: Die Vereinigten Staaten haben Deutschland um eine Abänderung seiner Vorschläge ersucht. Eine offizielle Note darüber ist zwar noch nicht in Berlin eingetroffen. Die deutsche Regierung hat sich aber nach offizieller Sonderung bereit erklärt, Änderungen vorzunehmen. In Washington ist man der Meinung, daß die deutsche Regierung davon unberührt ist, daß die Alliierten den gegenwärtigen deutschen Vorschlag nicht annehmen. Nach dem Be-

juch der Ententebotschafter beim Staatssekretär Hughes trat das amerikanische Kabinett in die Beratung der Frage ein, ob die deutschen Vorschläge als Grund für Verhandlungen geeignet seien.

WTB. Paris, 29. April. (Draht.) Wie „Chicago Tribune“ aus Washington gemeldet wird, äußerte sich Hughes gestern Abend, daß er bisher noch keine endgültige Erklärung über die Stellungnahme gegenüber den deutschen Vorschlägen von den Verbündeten erhalten habe. Der französische Botschafter lehnte eine Erklärung über die Nachricht ab, daß man in Paris die deutschen Vorschläge als unannehmbar halte. Den britischen Botschafter habe Hughes gestern nicht gesehen, und er habe keine Instruktionen von London erhalten. Unter den unbefriedigten Senatoren des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten besteht eine gewisse Einigkeit zur Kritik an dem Vorgehen Hardings, da man neue Verhandlungen in den europäischen Angelegenheiten dadurch befürchtet, daß die amerikanische Politik sich mit der Reparationsfrage befasse. Die Ausarbeitung des Friedensproblems wird für die Dauer der Verhandlungen über die Reparation aufgeschoben werden.

### Eine Ansprache Hardings.

WTB. London, 29. April. (Draht.) Aus Bold Point Comfort (Virginia) wird unter dem 29. April gemeldet: Harding habe die Parade der amerikanischen Atlantischen Flotte von seiner neuen Präsidentenwohnung aus abgehalten und hierbei in einer Ansprache erklärt, er hoffe, daß niemals wieder im Ernstfall der Welt zum Abfeuern der Kanonen gegeben werden würde. Amerika wolle keine Gebiete und keine Tribute, es wolle nur, was ihm rechtlich zustehe.

### Eigenmächtiges Vorgehen der Franzosen?

DZB. London, 29. April. (Draht.) Im Unterhause erwiderte Lloyd George auf eine Anfrage: Eine einzelne Regierung, die ohne Zustimmung der anderen Mächte handle, könne nicht auf eigene Faust in einer Ausdehnung der besetzten Gebiete in Deutschland schreiten.

Chamberlain wiederholte, daß am nächsten Donnerstag bei der Beratung des Haushalts des Auswärtigen die Frage eines neuen Vorgehens gegen Deutschland zur Erörterung kommen werde. Der Abg. Ramsbury bemerkte dazu, die Franzosen hätten bereits angekündigt, sie beabsichtigten, am Sonntag 150.000 Mann zu verschieben. Chamberlain erwiderte, wenn die französische Regierung auf eigene Verantwortung hin vorgehen wolle, so würde dies durch eine Erklärung im Unterhause nicht verhindert werden.

### Italien

#### für Fortsetzung der Verhandlungen.

MTB. Rom, 29. April. (Draht.) Der heutige Ministerrat behandelte die Haltung Italiens in der Wiederherstellungsausschussfrage und ferner die oberflächliche Frage sowie die Beziehungen Italiens zu England, worüber nach englischen Blättern gleichfalls in London gesprochen werden soll. Die römischen Pressestimmen spiegeln teilweise den Eindruck der französischen Bemerkungen wider, die deutschen Vorschläge zu Fall zu bringen. Die Fortsetzung der Verhandlungen würde zweifellos in Rom mit allgemeiner Erleichterung begrüßt werden.

### Die Forderungen des Wiederherstellungsausschusses.

GA. Paris, 29. April. (Eig. Draht.) Der stellvertretende Vorsitzende der deutschen Kriegslaschkommission, v. Dergan, hat, wie der „Temps“ berichtet, der Einladung des Wiederherstellungsausschusses, sich zu dem in Aussicht genommenen Zahlungsplan zu äußern, nicht Folge geleistet. Er schreibt dem Ausschuss, daß er „in Anbetracht der gegenwärtigen Umstände“ darauf verzichten müsse, sich zu äußern. Der Ausschuss hat die Beratungen über den Plan für die deutschen Zahlungen nach Artikel 233, Absatz 4, des Versailler Vertrages heute vormittag begonnen.

WTB. Paris, 29. April. (Draht. Gavas.) Die Reparationskommission hat der Kriegslaschkommission ein Archiv über die Lieferung der beweglichen Werte und die Kunstgegenstände zwecks Durchführung der §§ 232 und 233 des Friedensvertrages übermitteln.

### Die belgischen Schuld.

GA. Berlin, 29. April. (Eig. Draht.) Der Wiederherstellungsausschuss beriet heute noch mittags über die belgischen Schulden bei den Verbündeten, die Deutschland nach Artikel 232 des Versailler Vertrages, unabhängig von der auf 132 Milliarden Goldmark festgesetzten deutschen Schuld, mit 5 Prozent Zinsen zu zahlen hat.

## Deutscher Reichstag.

GA. Berlin, 29. April. (Eig. Draht.)

Die heutige Sitzung des Deutschen Reichstages eröffnete Präsident Ebert um 14 Uhr. Das Haus war sehr schwach besetzt. Auf eine Beschwerde des Abg. Dr. Braun (Dsp.) über die Schädigung der

### Siedlungspolitik

#### durch die Eisenbahntarifserhöhung

erwiderte die Regierung: Den Monatskarten werde vom 1. Juni an monatlich Einzelkarten ausgestellt werden, so daß der Reisende, der die Eisenbahn täglich einmal zur Hin- und Rückfahrt benutze, eine Ermäßigung um etwa ein Drittel genieße. Die Ermäßigung solle den dritten Teil der Monatskarte betragen, so daß hier die Ermäßigung die Hälfte betrage. Schaffensarten werden für den halben Preis der Monatskarten zur Verfügung gestellt.

Auf eine Anfrage des Abg. Landau (D. Vp.) wurde festgestellt, daß tatsächlich die Besatzungsbedürfnisse des Landesfinanzamts Düsseldorf aus seinen Diensträumen entfernt worden. Ein Anspruch ist erhoben worden. Der Betrieb wird aufrechterhalten, wenn auch unter großen Schwierigkeiten.

Abg. Dr. Beder (D. Vp.) befragte sich darüber, daß den Steuerbeamten Prämien zur Aufdeckung von Unrichtigkeiten in Steuerklärungen, als belohnung für die Erfüllung ihrer Dienstpflichten, bezahlt werden.

Dem Reichsfinanzministerium wurde entgegen, daß die Beschlüsse in der außerordentlichen Sitzung des Reichstages, wenn es sich um die Beschlüsse handelt, gebilligt werden. Der Finanzminister billigt es nicht, wenn einzelne Finanzämter über diese Beschlüsse hinausgehen.

Sobald der Reichstag die Beschlüsse des Reichstages über die Regierungsparteien, das Gesetz zur

### Verfolgung von Kriegsverbrechen

und Kriegsvergehen durch einen Paragraphen 1 zu ergänzen, in dem es heißt: „Wenn nach der Überzeugung des Oberreichsanwalts kein genügender Anlaß besteht, eine Anklage zu erheben, so kann er gleichwohl die Andauerung einer Hauptverhandlung beantragen. In dem Antrag ist die Zeit, die den Gegenstand des Ermittlungsverfahrens oder der Voruntersuchung gebildet hat, unter Hervorhebung ihrer geschichtlichen Merkmale und des Strafgehalts zu bezeichnen. Das Ergebnis der Ermittlungen ist in dem Antrag auszuführen. Die Weisung ist anzugeben.“

Die Beschlüsse werden in erster und zweiter Lesung angenommen, der dritte Lesung wird die Kommissionen.

Es folgte die Beratung über die vorliegenden Anträge und Anfragen betreffend die

### Sondergerichte.

Abg. Götze (Komm.) polemisierte gegen die Rechte, für die jeder ein Gauner und Verbrecher ist, der die Feudalverhältnisse zu stützen verläßt. Das trifft auch für die Vorgänge in Ostpreußen zu mit den Unterleuten, daß die Rechte diesmal die Unterführung zweier Parteien gefunden hat, die sich früher einmal sozialdemokratisch gebärdeten. Was sind die 2 Millionen monatlicher Ausgaben der kommunistischen Partei gegen die Schläm- und Lügenkriege der künftigen Zukunft der kapitalistischen Parteien? Sinnes, Dreck und Döring müssen in einem Atemzug genannt werden, und Döring hat sich allmählich zum zentralen Symbol des Kapitalismus entwickelt. Döring hat die Arbeiterklasse verraten, er steht gegen die Kommunisten und schreit zu den schlimmsten Verleumdungen. Die Verleumdung war schon längst geplant. Ursprünglich wollte man eine Sozialpolitik schaffen, um die Arbeiterklasse besser durchzusetzen. Diefem Versuch machte ein wilder Sturm ein rasches Ende. Minister A. D. Seevering hat sich über die Reden, die aus der kommunistischen Propaganda sprachen, und über das Offizienministerium lustig gemacht. Er hat die Forderung als eine politische Rederei bezeichnet. Die Arbeiter sind die einzigen, die den Arbeitern 40 Jahre lang Arbeitslosen gemacht haben und sie jetzt, wo sie ihre Arbeitslosen erfüllen können, an der Nase herumführen. Der Seevering hat selbst zugegeben, daß er die Unruhen provoziert hat. Ein Sozialdemokrat ist zum agent provocateur herabgesunken. Weil in Ostpreußen ein Mittelpunkt des Kommunismus sich gebildet hat, wird sich Herr Seevering Herrn Sinnes in die Arme. Das ist politische Sozialdemokratie. Die Gewerkschaften sind der von Döring-Seevering ausgehenden Partei gefolgt. (Bravos rechts.) Sehen Sie, der Beschall der Rechten beweist den Arbeitern, welchen Verrat die Gewerkschaften begangen haben. Was hier von Sozialdemokraten über die Zustände im Ruhrgebiet erzählt wurde, was Schwindel. Englische Journalisten bezeugen die mangelhafte Ordnung bei der roten Armee. Aber diese Nachrichten waren notwendig, um den roten Terror zu begründen, und während sich die Lippe nach mit Ruhm bedeckt, erhebt die Größte Papierfabrik die Arbeiterzeitung von 8 auf 10 Stunden ohne Lohnzahlung und ließ die Arbeiter, die sich nicht ihren wahren, durch Schuppen abtransportierten. Seevering im Dienste des Kapitalismus als verlorener Karren der Bourgeoisie. (Als Wolf Hoffmann auf einen Zwischenruf der Rechten rief: Die richtigen Landesen! — wurde er zur Ordnung gerufen.) Die Zahl der Arbeitslosen steigt, das Gleiche die der Halbbeschäftigten. Glauben Sie, daß die rechte Terror geordnet ist, dem abzusprechen? Die Ausnahmeverordnungen verstoßen gegen die Verfassung. Außerdem bestimmt Artikel 106, daß niemand seinem Richter entzogen werden darf. Infolgedessen sind auch die Ausnahmegerichte nicht möglich. Der Bourgeois ist es gleich, selbst die Verfassung mit Füßen zu treten, wenn es nur in ihren Interessen liegt. Die ungenutzten Räume sollen für die Sondergerichte in Frage kommen. Der rechte Richter, der so milde Worte für den Rechten über im Heimats-Prozess fand, hat die Opfer des Egeleschen Attentats zu 37 Jahren Zuchthaus verurteilt. Diese Justizmacherei steht unter aller Kritik. Man sollte den Exzess, die auf Jahre ins Zuchthaus wandern, wenigstens den hohen erlangen, ihnen zu sagen, daß bei uns Gerechtigkeit herrsche. Wo war das Gerichtsschloß beim Rapp-Fuß? Wo bei den Kriegsverbrechern? Und die Sozialdemokraten waren die Kettenhunde der rechten Justiz. In seiner vierstündigen Rede schaltete der Rechter sehr ausführlich über die belgischen Schulden, die nach seiner Darstellung von Mannschaften der Schupo und Reichswehr an Arbeitern benannt worden sind. (Bei einer dieser Schilderungen rief Abg. A. Götze (Komm.) zur Rechten drüber: Und da hat sich Verbrecher und Lügner noch dazu! Von der Rechten wurde zurückgerufen: Sehen Sie man tritt, was haben Sie denn in Bayern gemacht! Die Frage

Die Statistik von Bozen.  
Der Bericht der statistischen Kommission.

Die Statistik von Bozen.  
Der Bericht der statistischen Kommission.

Die Statistik von Bozen.  
Der Bericht der statistischen Kommission.

Die Statistik von Bozen.  
Der Bericht der statistischen Kommission.

Die Statistik von Bozen.  
Der Bericht der statistischen Kommission.

Die Statistik von Bozen.  
Der Bericht der statistischen Kommission.

Die Statistik von Bozen.  
Der Bericht der statistischen Kommission.

Die Statistik von Bozen.  
Der Bericht der statistischen Kommission.

Die Statistik von Bozen.  
Der Bericht der statistischen Kommission.

Die Statistik von Bozen.  
Der Bericht der statistischen Kommission.

Die Statistik von Bozen.  
Der Bericht der statistischen Kommission.

Die Statistik von Bozen.  
Der Bericht der statistischen Kommission.

Die Statistik von Bozen.  
Der Bericht der statistischen Kommission.

Die Statistik von Bozen.  
Der Bericht der statistischen Kommission.

Die Statistik von Bozen.  
Der Bericht der statistischen Kommission.

Die Statistik von Bozen.  
Der Bericht der statistischen Kommission.

Die Statistik von Bozen.  
Der Bericht der statistischen Kommission.

**Das Zahnpulver „No. 23“**  
 reinigt die Zähne zu vollkommenem  
 und schon nach kurzem Gebrauche das Mundstücken  
 vollkommenst verbessert mit.  
 Preis: 1/2 Schilling pro Dose.  
 Procter & Gillette, Inc., New York, U.S.A.  
 Alleinige Importeure: Dr. med. Th. Müller, Berlin, N.W.





**Rüdesheim**  
am Rhein

100-443887-100

**Elberfeld, Wall 16.**





